



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

der Abgeordneten soll sich ein ziemlich lebhafter Widerwille gegen das Anrühren der ganzen Frage bemerkbar machen. Dieselben Persönlichkeiten bekräftigten auch Schmerling in seiner Politik des Abwartens und wollten gar keine Nothwendigkeit erkennen, aus der nominellen Reichsvertretung eine wirkliche Vertretung des ganzen Reiches zu machen. In der damaligen Versammlung fehlten die Ungarn, die Kroaten, die Venetianer, die Südtiroler, die Tschechen — sie aber decretirte in aller Ruhe des Gemüths auch für die rentierten Länder, hielt jeden Verständigungsversuch für unter ihrer Würde, bis eines schönen Morgens der Dualismus fait accompli war und die bisherigen Centralisten als begeisterte Dualisten erwachten. So getröstet wir uns, dieselbe compacte Masse auch noch für den reinen Föderalismus schwärmen zu sehen, sobald sie denselben unvermeidlich gemacht haben wird. Mancher ehrliche Mann erklärt jetzt: wir dürfen an der kaum einjährigen Verfassung nicht neuerdings rütteln, dieser ewige Wechsel, dieser gänzliche Mangel der Stabilität in unserem Verfassungsleben richtet allen Glauben, alles Vertrauen zu Grunde, nährt den ohnehin so stark wuchernden Pessimismus. Und darin ist viel Wahres. Aber minder gefährlich als das schrittweise und gezwungene Zurückweichen ist immer der frische Entschluß, endlich einmal eine Basis zu gewinnen, auf der sich etwas für die Dauer auführen läßt. Jetzt kann man noch mit mäßigen Opfern die Polen halten und die Czechen gewinnen; haben einmal die ersteren den Reichsrath verlassen, womit sie ernstlich drohen, so gehen sie auf geringere Zugeständnisse nicht ein, als die Ungarn durchgesetzt haben. Bis dat, qui cito dat, das heißt in diesem Falle: wer nicht zu rechter Zeit gibt, muß nachher doppelt geben, und gegeben werden muß, wenn Oestreich endlich zur Ruhe und Ordnung kommen soll. — Seit der Vertagung unseres Parlaments sind die auf Umgestaltung des Reichsraths abzielenden Pläne allerdings zurückgestellt und auch die Ansprüche der Tschechen und Polen in den Hintergrund getreten. Aber es wird nicht lange dauern, so werden die einen ebenso herausgeholt wie die andern, und wenn der Reichstag wieder zusammentritt, so wird da angeknüpft werden, wo man stehen blieb — bei der Ueberzeugung, daß es in der bisherigen Weise nicht mehr weiter geht.

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, den 2. Juni.

Der Ausfall der französischen Wahlen ist seit fast einem Jahr das ultima Thule gewesen, bis zu welchem sich optimistische und pessimistische Conjecturalpolitiker vorwagten, wenn sie in das Meer der Zukunft segelten, um

ihr Senkblei auszuwerfen. An diesem Punkt wären wir endlich angelangt, aber freie Aussicht in die kommenden Dinge scheint er nicht gewähren zu wollen. Gerade wie beim Beginne der fünfziger Jahre ist die Politik des „Entweder oder“ das Glaubensbekenntniß unserer westlichen Nachbarn geblieben und die liberalen Franzosen haben sich durch ihre republikanischen Abstimmungen ziemlich offen zu jenem „Nichts gelernt und Nichts vergessen“ bekant, das man lang genug für ein Privilegium des unverbesserlichen Legitimus gehalten hatte. Fraglich ist nur, ob die Majorität aus den Kämpfen der letzten Monate und Wochen ein richtigeres Verständniß der Lage mitgebracht hat, als sie bisher bewiesen. Mag man uns immerhin versichern, der Standpunkt der Gouvernementalen sei mit dem der alten Tiers-Partei identisch geworden — wir werden wohl thun, eine thatsächliche Bestätigung dieser Behauptung abzuwarten. Viele Beispiele dafür, daß eine conservative Partei durch die Maßlosigkeit ihrer Gegner an Ruhe, Umsicht und Freisinn gewonnen, lassen sich aus der Geschichte nicht anführen. Daß es an entscheidender Stelle noch zu keiner endgültigen Entschließung gekommen ist, gestehen selbst diejenigen ein, welche in Emil Olivier die Verkörperung französischer Zukunftspolitik sehen, und an eine Aussöhnung zwischen dem Constitutionalismus und dem zweiten Kaiserthum glauben. Noch ein Mal heißt es „Abwarten“ und sich inzwischen die Zeit mit Betrachtungen darüber vertreiben, was Alles in dem Vaterlande des continentalen Liberalismus möglich gewesen und möglich geblieben ist.

Das große Thema aller Erwägungen, mit denen die Pariser Presse die Geschichte der letzten Wahlagitacion begleitet, ist der Bankerott der alten Parteien, und was mit diesem gleichbedeutend ist, der Sieg des unbärtigen Radicalismus. Während es Thatsache ist, daß die liberale Bewegung der letzten Jahre wesentlich durch die alten Führer der Orleanisten und gemäßigten Legitimisten in Zug gebracht worden ist, hat das Volk von Paris im Bunde mit den Wählern anderer großer Städte laut und deutlich ausgesprochen, daß es von diesen Männern ein für alle Mal nichts wissen wolle. Wir haben keinen Grund, das Fiasco jener Redner zu beklagen, welche die echten Repräsentanten französischer Urtheilslosigkeit über deutsche Dinge sind und waren, aber wir finden es begreiflich, wenn ihre Anhänger in der plötzlichen Begeisterung des liberalen Frankreich für die Rochefort, Raspail und Bancel ein trauriges Zeichen der Zeit sehen. Das wüste Geschrei nach neuen Männern und neuen Namen gilt der „Revue des deux mondes“ mit Recht für den Ausdruck vollständiger politischer Gedankenlosigkeit und in der That läßt sich kaum etwas Abgeschmackteres denken, als diese Rechnung auf Leute, die keine anderen Titel für ihren Repräsentantenberuf aufzuweisen haben, als schlechte Verse und schlechte Pamphlete. Ob es vierzig, fünfzig

oder gar achtzig „Unabhängige“ sein werden, welche hinter diesen Aller-
 neuesten stehen, ist für das Kaiserthum eigentlich nicht viel mehr als eine
 Frage der größeren oder geringeren Unbequemlichkeit; die Sache der Freiheit
 und Bildung in Frankreich hat von ihnen nichts zu erwarten und die Sache
 des europäischen Friedens auch nicht, denn in ihren Reihen ist kaum ein
 Name vorhanden, der Vertrauen besäße und erweckte. Die große Zahl der
 Besitzenden hat mit der Republik ein für alle Mal abgerechnet und die Re-
 gierung wird dafür zu sorgen wissen, daß man noch lange vorziehen wird,
 mit ihr zu handeln, als sich ihren Gegnern auf Gnade und Ungnade zu er-
 geben. Ist unter solchen Zeichen wirklich etwas für die Freiheit Frankreichs
 zu hoffen? Selbst im günstigsten Falle, dem, daß der Kaiser es wirklich mit
 Olivier und dessen Freunden versucht, wird es außerordentlich schwer halten,
 den Einfluß der unbedingt Kaiserlichen, mögen sie Arkadier und einfach
 Satisfaits heißen, auf die Dauer zu brechen; deutlich geredet haben nur die
 beiden extremen Parteien, und da sich mit der einen derselben überhaupt
 nicht reden läßt, so wird es begreiflich erscheinen, wenn man der anderen das
 Gehör nicht ganz versagt, mag ihr System sich auch noch so deutlich selbst
 verurtheilt haben. Ein wirklich parlamentarisches Leben und Fortschreiten
 ist nur auf dem Wege von Compromissen möglich, und mit wem sollen diese
 geschlossen werden, wo die Oppositionspartei die „Unversöhnlichkeit“ zu ihrem
 Lösungs- und Stichwort gemacht hat! Dazu kommt noch eine andere Schwie-
 rigkeit. Unter den Anhängern des Kaiserthums, den liberalen wie den un-
 bedingten, sind ebenso wenig sittlich-feste und reine Charaktere zu finden,
 wie politische Intelligenzen unter ihren Gegnern; selbst wenn sie wollten,
 würde es der Mehrzahl unter ihnen schwer fallen, sicher und fest ihres Weges
 zu gehen, unbekümmert um den Beifall der Lakaien des Kaisers und der
 Massen. Der Ruf nach „neuen Männern“ hat in dieser Beziehung eine
 sehr ernste Bedeutung, ein unzweifelhaftes Recht; das Volk verlangt nach
 Führern, die sich nicht besleckt haben mit dem Raube der neuen Dynastie
 und dem Erlös jener riesigen Schwindelgeschäfte, neben denen die Unterneh-
 mungen des alten Law sich ziemlich kindlich und harmlos ausnehmen. Schlimm
 genug, daß diese ehrlichen Leute nur unter der hartlosen Jugend, unter
 Männern zu finden sind, welche nichts haben und nichts können, deren Po-
 litik weder durch Erfahrungen geläutert, noch durch die Verantwortlichkeit
 für große Interessen gewichtig geworden ist. Weder hüben noch drüben ist
 eine Macht vorhanden, deren Führung das Volk sich anvertrauen will und
 anvertrauen kann, wenn es den Entschluß faßt, seinem bisherigen Führer
 den Rücken zu drehen; der Mann, dessen Hand keck nach der Kaiserkrone ge-
 griffen, erscheint sehr viel ehrlicher als seine Genossen, die für Actien und
 Dividenden zu haben waren, unendlich viel klüger und im Grunde genom-

men auch freisinniger als die republikanischen Schreier, die mit Pamphleten eine neue Staatsordnung begründen zu können meinen. Das Kaiserthum — das scheint die Summe zu sein — ist trotz all der moralischen, politischen und materiellen Einbußen, welche es an den Rand des Abgrundes gebracht zu haben schien, für Frankreich eine Nothwendigkeit geblieben, denn von den ihm entgegenstehenden Parteien ist keine im Stande, der französischen Gesellschaft die Garantien für irgend eine Rechtsordnung, für eine, wenn auch nur vorübergehende Herrschaft über die wüthendsten Pöbelinstincte zu bieten. Und aus dieser Nothwendigkeit soll eine Tugend gemacht werden — dieses auf dem sittlichen Banquerott einer ganzen Generation beruhende System soll die Kraft haben, seine Traditionen zu verleugnen, seinen Unrath zu verbrennen und den Phönix zu spielen?

Bei dem engen, wenn auch keineswegs auf den Gesetzen der Logik beruhenden Zusammenhang zwischen innerer und auswärtiger Politik in Frankreich, ist die Frage nach der Bedeutung der Wahlen für den europäischen Frieden ebenso vergeblich, wie die nach der Zukunft der französischen Freiheit. Für ein günstiges Zeichen kann höchstens gelten, daß keine der am Wahlkampf theilhaftig gewesenen Parteien den Krieg offen auf ihre Fahnen geschrieben, jede fromme Wünsche für Frieden und Freiheit an die Spitze ihres Programms gestellt hat. Von einer Nöthigung zum Frieden kann für den Kaiser dennoch nicht die Rede sein, ebenso wenig davon, daß alle Gründe für eine Diversion nach Außen in Wegfall gekommen seien; im Gegentheil ist für Republikaner vom Schlage der Rochefort und Bancel die Aussicht auf kriegerischen Ruhm eine verführerischere Lockspeise, als für Männer, welche wissen, was es für einen industriellen Staat wie den französischen mit einem Kriege eigentlich auf sich hat. Immerhin läßt sich annehmen, daß des Kaisers Friedenswünsche für eine Zeitlang an Consolidirung gewonnen haben, zumal wenn wirklich mit der Tigerspartei ein Regierungsversuch gemacht werden sollte. Für den Ausfall dieses Experiments wird aber schwerlich irgend Jemand in Frankreich die Bürgschaft übernehmen wollen. — Unter dem Schutze der Staubwolke, welche der Lärm um die Wahlen aufgewirbelt hatte, ist die belgisch-französische Eisenbahnangelegenheit durch die Hintertür einer Expertencommission von der diplomatischen Bühne verschwunden. Bei der gewichtigen Rolle, welche diese Angelegenheit während der letzten Monate gespielt hat, erscheint begreiflich, daß ihre zeitweise Absehung von der Tagesordnung als eine vorläufige Bürgschaft für die friedlichen Absichten Frankreichs und seiner Machthaber gefeiert wird. Wann und ob sie wieder hervorgezogen wird, hängt wesentlich von dem Gang der allgemeinen Angelegenheiten in Paris ab. Kommt Ollivier wirklich ans Ruder, so ist sie begraben, schon weil Herr Rouher an ihrer Wiege stand. Von all den französischen

Politikern der Gegenwart meint es keiner mit der Erhaltung des Friedens und der Beschränkung auf innere Probleme so aufrichtig wie der Verfasser des „neunzehnten Januar“ und es ist dafür gesorgt, daß ihm bezüglich Belgiens die Hände nicht im voraus gebunden sind. Die Verpflichtungen, welche das Kaiserreich dem Papstthum gegenüber übernommen, sind lästig genug geworden, als daß man Lust haben könnte, auf andere Engagements von unberechenbarer Tragweite und zweifelhaftem Gewinn einzugehen. Dem belgischen Eisenbahnhandel scheint bestimmt gewesen zu sein, eine Reserve zu bleiben, von welcher man Gebrauch machen wollte, wenn eine plötzliche auswärtige Verwicklung nothwendig werden sollte, und da dieser Fall nicht eingetreten, hat man sie wieder zurückgestellt. — Was von einer für den Herbst d. J. bevorstehenden Zurückziehung der französischen Truppen aus Rom verlautete, bedarf noch der Bestätigung. Die Stellung des Tuileriescabinetts zu der römischen Frage ist nach den Wahlen allerdings freier als vor denselben, wo der Clerus bei gutem Muth erhalten werden mußte, aber es fragt sich, ob Frankreich während der gegenwärtigen Regierung je wieder in die Lage gerathen wird, bei Beurtheilung der italienischen Dinge bloß auf die eigenen Staatsinteressen Rücksicht zu nehmen. Die französischen Bischöfe sind sich der wichtigen Rolle, welche sie in der Geschichte des suffrage universel gespielt haben, zu bewußt, als daß der Kaiser wagen dürfte, sie jemals außer Rechnung zu lassen — mag diese Rechnung auch häufig unbequem genug sein. Daß die gewaltsame Erhaltung des dominium temporale aber der einzige Preis ist, um welchen die Kirchenfürsten Frankreichs und ihre zahlreichen Anhänger zu haben sind, haben sie auch während des letzten Wahlkampfes deutlich gezeigt, indem sie ziemlich vernehmlich nach Garantien für die fortgesetzte Herrschaft des heiligen Vaters verlangten. Die warme Begeisterung, in welche die Organe der specifisch katholischen Presse (z. B. die gelben Blätter) jedesmal gerathen, wenn sie von der kirchlichen Gesinnung des modernen Frankreich reden, bekundet deutlich, wie sicher man in Rom der französischen Connivenz ist. In dieser Richtung haben die letzten Wochen übrigens einen neuen, höchst bemerkenswerthen Beleg geliefert. Während die Regierung des stockkatholischen Bayern trotz der neuen Wahlstiege des Ultramontanismus den Muth hatte, ihren Befürchtungen vor hierarchischen Uebergriffen des bevorstehenden Concils einen Ausdruck zu geben und bei den übrigen katholischen Mächten eine gemeinsame Sicherstellung der Staatsgewalt anzuregen, ist das Vaterland Voltaire's und Montesquieu's scheu zurückgewichen und bis jetzt liegt kein Grund zu der Annahme vor, daß man nach den Wahlen mehr Muth und Entschlossenheit zeigen werde, als vor und während derselben.

Wenn Napoleon III. wirklich an eine Zurückziehung seiner römischen

Division denkt, so ist ihm das durch die neueste Wendung der italienischen Politik nicht eben erleichtert worden. Die alt-piemontesische Partei, welche sich seit der Uebersiedelung Victor Emmanuels nach Florenz in grollender Zurückhaltung befunden hatte, ist von dem Grafen Menabrea zu einer Betheiligung an den Geschäften herangezogen worden, welche ihr Jahrelang versagt geblieben. Das neugebildete Cabinet von Florenz besteht zur Hälfte aus Führern der Permanente und gerade die wichtigsten Sitze sind von denselben eingenommen worden. Darüber, daß das bisherige Cabinet durch den Zutritt der neuen piemontesischen Minister an Kraft und Energie gewinnen werde, daß sich von denselben Rom wie Paris gegenüber größere Klarheit und Würde erwarten lasse, darüber sind die meisten Stimmen einig. Desto zweifelhafter ist es, wie diese Combination auf die Oppositionspartei, ganz besonders aber auf die südlichen Provinzen des jungen Staats wirken werde. Der Geist landsmannschaftlicher Eifersucht und Mißgunst, an dem die Italiener noch immer krankend, wird durch diese Verstärkung des nord-italienischen Elements neue Nahrung gewinnen, der neapolitanische Haß gegen Alles, was von Norden kommt, geschürt werden. Wie die Dinge einmal liegen, kann es sich aber nur um ein Mehr oder Minder seit lange vorhandener Gegensätze handeln, und wenn Herr Ferrari sein auf Ersparnisse gerichtetes Programm durchführt, die Armee reducirt und gleichzeitig der Würde des Staats Frankreich gegenüber nichts vergiebt, so ist der Gewinn, den das neue Ministerium der italienischen Sache bringt, ungleich größer als der Verlust. Es handelt sich darum, eine Zeit des Uebergangs und des nothwendigen Verzichts auf weiter gehende Pläne richtig zu nutzen, und das kann nicht besser geschehen als durch Erholung und Kräftigung der zerrütteten Finanzen. — Da Menabrea im Amt geblieben ist, kommt eine veränderte Stellung des florentiner Cabinets zu Preußen und Norddeutschland zunächst nicht in Frage. Graf Brassier de St. Simon hat vor einigen Tagen sein neues Amt angetreten, und soll der doppelten Aufgabe gerecht werden, das Werk Usedom's fortzuführen und den Boden wieder zu gewinnen, der seit der Abberufung dieses Diplomaten wenn nicht verloren gegangen, so doch aufgegeben gewesen ist. — Die guten Beziehungen Italiens zu Oestreich sind während des abgelaufenen Monats dieselben geblieben, wenn die Gerüchte von einer förmlichen entente zwischen beiden Staaten sich auch nicht bewahrheitet haben. Die Ermordung des k. k. General-Consul Inghirami zu Livorno und das gleichzeitige Attentat auf den früheren Commandanten der östreichischen Besatzungsarmee, Grafen Crenneville sind Acte der Privatrache und ohne internationale Bedeutung, zumal der Graf schon vor einiger Zeit seitens der florentiner Regierung gewarnt worden war.

Indessen die Parlamente von Florenz, London und Berlin ihre während

der Pflingstzeit unterbrochenen Arbeiten wieder aufgenommen haben und die neu gewählten Vertreter Ungarns in eine neue Legislatur-Periode eintraten, ist der österreichische Reichstag, nachdem er über ein halbes Jahr lang in Thätigkeit gewesen, am 15. Mai geschlossen worden. Dem letzten Monat der Wiener parlamentarischen Saison war von Seiten der liberalen deutsch-österreichischen Partei mit besonderem Bangen entgegengesehen worden, da eine ganze Reihe von Störungen des jungen dualistischen Systems und damit des mühsam errungenen Verfassungslebens zu drohen schien: Austritt der Polen, vielleicht auch der Slowenen aus dem Reichsrath, Schädigung der Reichszweiheit durch Beuß'sche Concessionen an die böhmische Nationalpartei, endlich eine Umgestaltung des Wahlrechts, die zwar an und für sich dem parlamentarischen System günstig gewesen wäre, wegen der grollenden Tiroler aber mehr gefürchtet als gewünscht wurde. Von diesen Befürchtungen hat sich keine bewahrheitet; trotz der Entschiedenheit, die sie bei der Debatte über das Schulgesetz bewiesen und trotz der abweichenden Meinung des größtentheils der polnischen Presse (den „Gazs“ allein ausgenommen) haben die galizischen Deputirten ihre Mandate nicht niedergelegt, sondern den Beschluß gefaßt, es mit der neuen Verfassung noch eine Zeit lang zu versuchen. Ebenso unerfüllt sind die Hoffnungen der jungtschechischen Partei geblieben; sogar den Schein von Concessionen an dieselbe hat man gemieden und die Amnestie, deren Nutzlosigkeit von der böhmischen Presse im voraus verkündet wurde, ist gar nicht erlassen worden. Natürlich hat die Aufhebung des Ausnahmezustandes unter solchen Umständen keine versöhnende Wirkung haben können, und nimmt die Erbitterung der von Prag aus geleiteten Nationalpartei stündlich zu. Aber trotz aller hochtönenden Reden derselben scheint es doch, als ob dieselbe von ihrer Siegesgewißheit verloren habe. Die in Berlin herausgegebene „Correspondance Tschèque“, welche die jungböhmischen Stimmungen ziemlich getreu widerspiegelt und sich durch ihr entschiedenes Auftreten gegen die panslawistischen Anhänger Rußlands eine gewisse Stellung erworben hat, ermahnt in ihren letzten Nummern nur noch zum Ausharren im Allgemeinen, weiß bestimmte Termine und Anhaltepunkte für die Realisirung ihrer Wünsche aber ebenso wenig anzugeben, wie die Redaction der „Narodny Visty“. — Nichts desto weniger trägt das österreichische Staatsleben keine heiterere und siegesgewissere Miene als vor vier Wochen, und der trockene geschäftliche Ton der zum Schluß der Reichraths-Session gehaltenen Thronrede zeigt nichts von der aufstrebenden Begeisterung, mit welcher die eisleithanischen Minister vor Jahresfrist ihr Reformwerk aufnahmen. Freilich hat eine lange Reihe peinlicher Erfahrungen den Bürgerministern bewiesen, daß der Weg von freisinnigen Reichsrathsbeschlüssen und Gesetzen bis zur Ausführung derselben in der österreichischen Monarchie noch weiter ist als in den meisten übrigen euro-

päischen Staaten, und die Geschichte der Schul- und Ehegesetze ist zu einer Geschichte clericaler Siege über den deutsch-österreichischen Liberalismus geworden. Mag immerhin wahr sein, daß Kenitz und Uebelwollen der Einzel-Landtage einen Haupttheil der Schuld an diesen Mißerfolgen tragen, das eigentliche Uebel liegt tiefer und wird auch noch nicht beseitigt sein, wenn die k. k. Hofburg dazu gezwungen wird, diesseit der Leitha ebenso verfassungstreu zu regieren, wie in Ungarn. Die verabsäumte Arbeit dreier Jahrhunderte kann mit den Mitteln des Constitutionalismus nicht fertig gebracht werden, so lange der größte Theil derer, in deren Namen der Reichstag redet, die Sprache der Zeit nicht versteht und der Kenitz des Clerus ein sehr viel gefügigeres Material bietet, als dem Reformeifer der Wiener Liberalen. Aus dem Deutschen ins Deutliche übersetzt bedeutet der Zwiespalt zwischen dem Reichsrath und den Einzel-Landtagen nichts Anderes als den Zwiespalt in den Anschauungen und Gewohnheiten der Bevölkerung, deren Bestandtheile nicht nur in Rücksicht der Nationalität, sondern auch in Rücksicht der Bildung unendlich verschieden sind. Wenn die offene Feindschaft der Bischöfe gegen die neuen Gesetze nicht in der Abhängigkeit der Massen vom Clerus ihre Stütze hätte, so könnte es nimmermehr geschehen, daß der Einfluß der Kirchenfürsten jede Action der Rätthe der Krone lahm legt und die Regierung in der Anstellung entschiedener Feinde des neuen Systems das einzige Mittel zur Erhaltung ihrer Autorität sieht. Die kurze Periode unter Joseph II. abgerechnet hat Oestreich kein 18. Jahrhundert, kein Zeitalter gehabt, in welchem die moderne Staatsidee sich ihre nothwendigsten Voraussetzungen schaffte und wesentlich aus diesem Grunde kann der Kaiserstaat sich nicht in die Anforderungen finden, welche das 19. Jahrhundert an sein inneres Staatsleben stellt. — In Ungarn, wo der Landtag seit Wochen damit beschäftigt ist über die ihm vorliegenden fünf verschiedenen Adressentwürfe zum Entschluß zu kommen, hat sich die durch die Wahlen des vorigen Monats veränderte Situation noch nicht geklärt. Trotz ihrer numerischen Ueberlegenheit über die Opposition ist die Déakpartei der Fortdauer ihrer Herrschaft nicht sicher; durch hundert verschiedene Rücksichten gebunden, will sie die zwischen ihr und ihren Gegnern bestehende Meinungsverschiedenheit nicht deutlich hervortreten lassen, die Grenzen der Programme möglichst verwischen. Die Hauptfrage, um welche es sich in der Adressdebatte handelt, ist die nach der auswärtigen Politik der Zukunft. Des Grafen Beust diplomatische Vielgeschäftigkeit und Intriguen-sucht hat das Verlangen nach festeren Bürgschaften für eine Friedenspolitik zu einem allgemeinen gemacht, und Graf Andrassy sieht es sicher nicht ungern, daß die Linke in dieser Beziehung dem Reichskanzler ein Mißtrauen zeigt, wie er es seiner Stellung nach nicht offen äußern darf. Ungarn und Oestreich haben das gemeinsame Interesse, feste Front gegen Rußland zu bilden

und der Türkei die Flanke zu decken — sobald sie nach Westen blicken, gehen ihre Interessen oder das was sie dafür halten, auseinander. Der innere Widerspruch, der der gegenwärtigen Lage unseres Welttheils sein eigenthümliches Gepräge aufdrückt, tritt nirgend so deutlich zu Tage, wie an dem Punkt, wo die Wege der Wiener und der Pester Staatsmänner auseinander gehen: die Einen wie die Andern wollen von weiteren Fortschritten Rußlands nichts wissen, aber die Macht, welche im gegenwärtigen Augenblick Rußland naturgemäß am nächsten steht, Preußen, wird östlich von der Leitha als Freundin, westlich von diesem Grenzfluß als Todfeindin angesehen und behandelt. Derselbe Widerspruch der Interessen spiegelt sich in Preußens diplomatischer Stellung wieder; Rußland ist dem Berliner Cabinet von unschätzbarem Werth, weil es Oestreich in Schwach hält, Rußlands Angriffswaffen gegen den Kaiserstaat, seine orientalischen und panslavistischen Pläne schneiden aber zugleich in das Fleisch der preussischen Interessen, denn Ungarn, das in Rußland doppelt verhasste Ungarn, ist Preußens natürlicher Verbündeter. Auf Schritt und Tritt begegnet uns dieser wunderliche Gegensatz gemeinsamer und divergirender Interessen, in Rumänien und in Böhmen, in der orientalischen wie in der galizischen Frage. Preußen, das durch seine mit Rußland gemeinsame polnische Politik dafür interessirt ist, die in Galizien herrschende Race in Schranken gehalten zu sehen, darf Ungarns wegen doch nicht wünschen, daß die Ruthenen am Dnjester und San das Uebergewicht erhalten, denn jeder Sieg des russischen Elements in Galizien kräftigt das slavische, anti-magyarisch gesinnte Element in Ungarn. Rumänien, für dessen Haltung seit der Thronbesteigung des Fürsten Karl Preußen allenthalben verantwortlich gemacht wird, ist Rußlands natürlicher Verbündeter gegen die Pforte und zugleich ein preussischer Schachstein gegen Oestreich; aber die Großrumänen von der Partei Bratianos sind in Pest ebenso gefürchtet und gehaßt wie in Konstantinopel, weil die Erwerbung der von Moldau-Wallachen bewohnten Theile des Banats und Siebenbürgens ebenso zu ihrem Programm gehört, wie die völlige Los-trennung des Hospodarenstaats von der Türkei. Die Ungarn wissen sehr wohl, daß Preußens nahe Beziehungen zu Rußland wesentlich in ihrem Interesse verwendet werden, und daß Rußland seine panslavistischen Wünsche lediglich aus Rücksicht auf das Berliner Cabinet in Schranken hält — darum thun sie ihr Möglichstes, um dem Grafen Beust die rührigen Hände zu binden, mit denen er gegen Preußen Minen gräbt. Aber auf der andern Seite können sie sich nicht verhehlen, daß Oestreichs orientalische Politik ihnen stärkere Garantien gegen die Gefahr russisch-slavischer Ueberfluthung bietet, als die preussische Gönnerschaft, und schon darum werden sie es zu einer entschiedenen Haltung gegenüber dem Reichskanzler auf die Dauer nicht bringen. Im Augenblick wirkt die Besorgniß vor einer durch die Beust'sche Politik der Rache

herbeigeführten Verwickelung in Pest stärker als jedes andere Bedenken; man glaubt sich für einige Zeit vor einer russischen Aggression nach Westen und Süden sicher, und sieht in dem Reichskanzler den Friedensstörer, der durch sein Vorgehen gegen Preußen die Schleißen russischen Ehrgeizes entfesseln kann. Für die Pester Linke kommt noch der weitere Gesichtspunkt möglicher Selbständigkeit des ungarischen Staats und seiner Diplomatie hinzu, für die Déakisten die Nothwendigkeit, an patriotischem Eifer nicht hinter der Opposition zurück zu bleiben. Beide Parteien aber müssen sich in der Stille sagen, daß die geringste Verschiebung der Dinge im europäischen Osten das Verhältniß ändern kann, und daß die guten Beziehungen zu Preußen auf Schrauben gestellt sind, so lange Oestreich die preußisch-russische entente nothwendig macht.

Von wesentlichstem Einfluß darauf, daß man von des Grafen Beust auswärtiger Politik im Pester Ständehause weniger denn je wissen will und lebhafter denn je für die Erhaltung des Friedens arbeitet, ist der Gang der Ereignisse in Bukarest und Jassy gewesen. Die Regierung des Fürsten Karl hat die letzten Wahlen so glücklich zu leiten gewußt, daß die Actionspartei in der neuen Kammer so gut wie gar nicht vertreten ist und Rogolnitscheanos friedliche, auf Hebung der materiellen Interessen und der Bildung gerichtete Pläne ernstlichere Aussicht auf Verwirklichung haben, als seit langer Zeit. Auch die unruhigen beiden Hauptstädte des jungen Staats, in denen Bratiano seinen Hauptanhang hatte und in denen die politische Agitation zur Hauptbeschäftigung der bürgerlichen Classen geworden war, erscheinen beruhigt oder doch gebändigt. Der Sieg der Regierungspartei bei den Kammerwahlen ist ein so nachhaltiger gewesen, daß die Rothen auch bei den Communalwahlen geschlagen wurden und nur zu Plojesti in der Majorität blieben. Die Session der am 11. Mai zusammengetretenen Kammer soll möglichst abgekürzt werden. Die Vorlagen für Erlass eines neuen Preßgesetzes und Anstellung preußischer Armee-Instructoren sind übrigens heikel genug, um der unterlegenen Actionspartei zu Aufwiegelungen gegen das herrschende System Veranlassung zu bieten. — Die Beziehungen der Moldau-Wallachei zur Pforte haben sich seit dem Sturz Bratiano's fortwährend freundlich gestaltet und der Bericht über die Lage des Reichs, mit welchem der Großvezier Anfang dieses Monats die Versammlung des türkischen Staatsraths eröffnete, thut des befriedigenden Verhältnisses zu den Vasallenstaaten besondere Erwähnung. Nach der bekannten Rede des Sultans zu urtheilen, glaubt die hohe Pforte überhaupt in eine Reihe besserer Tage getreten zu sein, seit der Kandiotenaufstand beendigt ist und die Händel mit Griechenland beigelegt wurden. Man projectirt neue Eisenbahnen, spricht von Hebung des Verkehrslebens und der materiellen Interessen, erhöht den Präsenzstand der Armee und schafft neue Waffen an; obgleich

der Großvezier in Sachen der türkischen Unterthanen erteilten russischen Pässe nachgegeben hat, werden die Wünsche für Aufhebung jener alten Capitulationen, welche den Unterthanen der meisten fremden Nationen Exterritorialität sichern, so lebhaft und deutlich zur Sprache gebracht, wie es seit zwölf Jahren nicht mehr geschehen. Nachdem die türkische Regierung sich mit Oesterreich und England seit lange darüber verständigt hat, daß die Ausnahmestellung der auf türkischem Boden lebenden Westeuropäer ein Hemmnis der Entwicklung des Staats und ein Hauptgrund für die Ohnmacht der türkischen Polizei und Verwaltung sei, ist die amtliche „Turquie“ mit einem Artikel hervorgetreten, der den Entschluß des Sultans ausspricht, mit Aufhebung dieser Capitulationen vorzugehen, falls die berechtigten Mächte seinen Wünschen kein Gehör leihen und nicht freiwillig auf dieselben verzichten. Da der russische Gesandte General Janatzew einen längeren Urlaub genommen hat und nach Odessa und Petersburg gereist ist, wird die Entscheidung sich wohl noch längere Zeit hinziehen, auch wenn Frankreich die gleiche Willfährigkeit zeigen sollte, wie Oestreich und England. Daß Rußland auf die factisch zu einem Protectorat gewordene Gerichtsbarkeit seiner diplomatischen Agenten im Orient verzichten sollte, ist bei der herrschenden Stimmung und dem entschiedenen, durch die letzte Pariser Conferenz nur gesteigerten Türkenhaß der einflußreichen Presse mehr wie unwahrscheinlich — selbst für den Fall, daß Preußen sich dem türkischen Vorschlage geneigt zeigen sollte. Ganz abgesehen von der praktischen Seite hat die Sache für Rußland eine hohe principielle Bedeutung; daß die in der Türkei lebenden Unterthanen des rechtgläubigen Saaren von den Gerichten der Moslem unabhängig sind, bedeutet dem gemeinen Russen eine Art von Nichtanerkennung der Herrschaft, welche die Ungläubigen in dem Lande ausüben, das die Wiege des Christenthums und der orientalischen Kirche war: ihre Unterordnung unter Diener des Halbmonds würde wesentlich vom religiösen Gesichtspunkt aus beurtheilt und als Verzicht auf das unveräußerliche Herrscherrecht des byzantinischen Kreuzes aufgefaßt werden. Wie weit beide Theile mit der Aufrechterhaltung ihrer Ansprüche gehen werden, läßt sich natürlich nicht voraussagen; der entschlossene Ton, zu welchem das officiöse türkische Organ sich hinaufgeschraubt hat, legt den Gedanken nah, daß man mit der That weniger feck und energisch bei der Hand sein werde.

In Rußland ist man auch in den letzten Wochen ausschließlich mit inneren Angelegenheiten beschäftigt gewesen und unter diesen spielen die projectirten und in Angriff genommenen Eisenbahnbauten die Hauptrolle. An Stelle des General Melnikow ist der Generaladjutant Graf Bobrinsky, Mitglied einer der angesehensten und populairsten russischen Adelsfamilien, zum Minister der öffentlichen Bauten und des Communicationswesens er-

nannt worden, eine Ernennung, die vielfach als Sieg der aristokratischen, zugleich westeuropäisch gesinnten Partei über die Moskauer Panславisten und Demokraten angesehen worden ist, zumal eines der fanatischsten Organe der Nationalpartei, das Slavophilen-Journal „Moskwa“, nach monatelangem Proceß vom Reichsrath unterdrückt worden ist. Um dieselbe Zeit war ein kaiserlicher Befehl erschienen, der den Verkauf der Staatsdomainen in den baltischen Provinzen zum Gegenstande hatte und für besonders wichtig galt, weil er im Gegensatz zu den Tendenzen des Domainenministers Selénny keine Zerstückelung der geschlossenen Bauernhöfe und keine Vertheilung derselben unter die Knechte, sondern Erhaltung des bisherigen Wirthschaftssystems anordnete; die gegenwärtigen Pachtinhaber der zu den Domainen gehörigen Bauernhöfe erhielten das Recht, dieselben gegen normirte Preise anzukaufen. Damit schien den Wünschen jener Partei die Spitze abgebrochen worden zu sein, welche durch eine allgemeine Landvertheilung der nationalen Theorie vor dem gleichen Anspruch Aller auf die Mutter Erde in Livland Eingang zu verschaffen hoffte. Aber die Macht der Moskauer Nationalen ist darum nicht gebrochen und die Minister, welche für Gegner derselben gelten, scheinen noch abhängiger von den Leitern der demokratischen Presse zu sein, als deren Genossen. Die Russificirung in Litthauen und Polen nimmt all' den schlechten bisher gemachten Erfahrungen zum Troß ihren Fortgang und den Ostseeprovinzen wird immer wieder mit Einführung russischen Unterrichts in ihre Gymnasien und Ablösung der Volksschule von der lutherischen Kirche gedroht. Der von dem letzten livländischen Landtage gefaßte Beschluß, um Aufhebung der strengen, die baltische Presse niederdrückenden Präventivcensur und Ausdehnung der für die Residenzen bestehenden Pressfreiheit auf die Ostseeprovinzen zu bitten, ist auf den entschiedenen Widerspruch des Ministers des Innern gestoßen und von der Regierung abschlägig beantwortet worden. In den Regierungskreisen ist sogar ernstlich davon die Rede, die der Moskauer und Petersburger Presse im Jahre 1865 bewilligte Freiheit möglichst einzuschränken, da das Verwarnungssystem sich als „ungenügend“ erwiesen habe. Ob man im Ernst wagen wird, die souveraine Freiheit der allmächtigen Journalisten der Moskauer Zeitung anzutasten, ist übrigens sehr zweifelhaft; die bisher gemachten Erfahrungen haben bewiesen, daß dieselben mächtiger sind, als alle ihre Gegner, und daß die höchste Staatsgewalt es im entscheidenden Augenblick immer für klüger gehalten hat, den Leitern der öffentlichen Meinung nachzugeben, als einen offenen Bruch mit den Männern zu wagen, welche im Jahre 1863 den moralischen Einfluß des polnisch-litthauischen Aufstandes zu brechen mußten. In einem unfreien Staat ist die Freiheit der Presse gerade so gefährlich, wie sie in einem Rechtsstaat wohlthätig und unentbehrlich ist — am gefährlichsten aber, wenn sie nicht für alle Organe

der öffentlichen Meinung besteht, sondern nur für diejenigen, welche die Regierung im Augenblick braucht. Unversehens werden die begünstigten Journale zu Dictatoren, die, weil ihnen das natürliche Correctiv entgegenstehender Meinungen fehlt, jeden Widerspruch für Verrath an der Würde und dem Selbstbestimmungsrecht der Nation ansehen und die Regierung zu ihren Partezwecken ausbeuten, statt, wie die Absicht war, von ihr ausgebeutet zu werden. Die russische Geschichte der letzten Jahre ist eigentlich nichts weiter als eine Illustration zu Goethe's Zauberlehrling und läßt sich in das kurze Wort zusammenfassen: „Man glaubt zu schieben und man wird geschoben.“ — Auf agrarischem Gebiet sieht es in der großen Monarchie des Ostens noch immer traurig aus. Zweijährige Missernten haben einen Theil der ländlichen Bevölkerung in einen Nothstand gebracht, dessen Ende sich noch nicht absehen läßt; gleichzeitig treten die unheilvollen Wirkungen des durch die Legislation von 1861 um seine natürlichen Corrective gebrachten altrussischen Agrarsystems immer deutlicher hervor und eine ganze Fluth nationalökonomischer Flugschriften sagt den vollständigen Bankerott der nordrussischen Landwirthschaft voraus. Als vor Jahresfrist, wie die von einem Gliede der conservativen Partei herausgegebene Brochüre „Land und Freiheit“ den Satz aufstellte, die auf das Princip des Gemeindefitzes begründete Parcellenwirthschaft sei durch die Aufhebung der Leibeigenschaft noch unheilvoller geworden, als sie von jeher gewesen, hagelte es von wüthenden Entgegnungen der russischen Demokratie; heute liegt eine lange Reihe von Zeugnissen bekannter Demokraten vor, welche die damals perhorrescirten Sätze bestätigen und die moralische und wirthschaftliche Verkommenheit des russischen Landmannes zum Gegenstande haben. — Natürlich steht diese Ungunst der wirthschaftlichen Zustände mit den finanziellen Verlegenheiten des Staates im engsten Zusammenhange und wenn Rußland immer wieder versichert, daß es nichts dringender als die Erhaltung des Friedens wünsche, so ist das im Ernst gemeint, — eine kriegerische Verwicklung würde den erschütterten Staatscredit an den Rand des Abgrundes bringen. Schon aus diesem Grunde wird das Vorschreiten der russischen Macht in Mittelasien von einem großen Theil der russischen Politiker eigentlich nur als ein nothwendiges Uebel, als eine Consequenz der bisherigen Unternehmungen gegen die turkestanischen Chane angesehen, von der man nicht mehr loskommen kann und des General v. Kaufmann vor Kurzem gethaner Ausspruch, Rußland wünsche keine weiteren Eroberungen im Osten, zählt in Rußland mehr Anhänger, als man glauben möchte.

In England, wo man noch vor Kurzem mit der Indien drohenden russischen Gefahr lebhaft beschäftigt war, prävalirte während des letzten Monats die Besorgniß vor einem Conflict im Westen. Reverdy Johnson's Abberufung und die leidenschaftliche Rede des Senators Sumner drohten die

Alabama-Affaire zu einem casus belli zwischen Großbritannien und der nord-amerikanischen Union zu machen und ängstliche Gemüther sagten bereits voraus, Amerikas Bruch mit England werde dem Kaiser Napoleon die erwünschte Gelegenheit bieten, seine frei gewordenen Hände gegen Deutschland zu brauchen. Diese Prophezeiung hat sich nach keiner Seite erfüllt und obgleich der Alabama-Conflict noch immer nicht gelöst ist, nimmt man an, der überstürzende Eifer der Republikaner des Westens habe sein bestes Theil in zornigen Worten ausgegeben und werde im entscheidenden Augenblick vernünftiger Abwägung der Interessen, welche für beide Theile auf dem Spiel stehen, um so zugänglicher sein. — In England spielt die vor der Thür stehende Entscheidung über die irische Staatskirche eine zu große Rolle, als daß sie vor den Gedanken an eine immerhin entfernte Kriegsmöglichkeit dauernd in den Hintergrund treten könnte und nachdem der erste Eindruck der Sumner'schen Kriegsreden vorübergegangen ist, hat man sich den inneren Fragen wiederum mit ungetheilter Aufmerksamkeit zugewandt. Daß die Gladstone'sche Bill im Hause der Gemeinen auf keine weiteren Schwierigkeiten stoßen werde, gilt für ausgemacht und die Tage, in denen der kirchliche Eifer der Lords dem ausgesprochenen Volkswillen in den Weg zu treten wagte, sind vorüber. Daß eine Maßregel, deren Nothwendigkeit schon vor fünfzig Jahren von dem größten Theil der Liberalen anerkannt wurde, erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Ausführung kommt, daran ist die irländische Petulanz und Unmündigkeit entschieden noch mehr schuld, als die vorurtheilsvolle und hochmüthige Schwerefälligkeit der Briten. Der vielbesprochene Vorfall mit D'Sullivan, dem Bürgermeister Corks, hat aufs Neue dargethan, wie wenig die Söhne der grünen Insel es verstehen, sich bei dem herrschenden Stamme Achtung und Respect zu erwerben. Daß der erste Vertreter eines großen städtischen Gemeinwesens den Zeitpunkt, in welchem seinem Vaterlande die größte Rechtswohlthat erkämpft werden soll, dazu auswählt, den politischen Meuchelmord und die verbrecherische Thorheit der Fenier zu verherrlichen, ist an und für sich beispiellos und stellt den loyalen Sinn Alt-Englands auf die härteste der in diesem Lande überhaupt denkbaren Proben. Und in dem Augenblick, wo er für sein Wort männlich einstehen soll, kriecht derselbe Mann, der vorher als Repräsentant irischen Unabhängigkeitsfinns gefeiert wurde, furchtsam zu Kreuze, die Gegner der Gleichberechtigung seiner Landsleute erhalten reichliche Gelegenheit, über die unverbesserliche Jungenhaftigkeit der irischen Art zu klagen und die Vergeblichkeit aller Ausöhnungsversuche mit einem Volk zu behaupten, das sich selbst zur Unmündigkeit und Unfreiheit verurtheilt habe. Dasselbe Stück hat im 19. Jahrhundert eben so oft gespielt, wie im 18. und daß seine Zeugen nicht

die Geduld verloren haben, wäre unerklärlich, wenn wir nicht wüßten, daß sie sich als Mitschuldige fühlen müssen.

Ziemlich gleichzeitig mit dem diesjährigen englischen Parlament war die Versammlung der spanischen Cortes zusammengetreten. Derselbe Zeitraum, den das mit dem Gebrauch parlamentarischer Freiheit am genauesten bekannte Volk nöthig gehabt hat, um ein Budget aufzustellen und ein großes neues Gesetz fertig zu bringen, hat den Spaniern genügt eine ganze Verfassung zu Stande zu bringen, eine Verfassung, die der zurückgebliebensten aller romantischen Nationen ausgedehnte Freiheit, dem Könige, der erst gefunden werden soll, die Möglichkeit einer geordneten Regierung sichern soll. Die Sache der Freiheit und des Constitutionalismus wäre vielleicht besser gefahren, wenn man die Republik, zu der ein großer Theil der Bevölkerung noch immer drängt, durch eine kurze praktische Erfahrung abgethan hätte, bevor man sich für die beschränkte Monarchie entschied — die Demokratie wäre mindestens um eine Illusion ärmer, der Weg, der die Spanier zu Ruhe, Ordnung und Bildung führen soll, vielleicht ein kürzerer geworden. Denn daß die mühsam gerettete monarchische Sache bereits den Keim des Verderbens, alle Symptome eines unaufhaltsamen Bürgerkrieges in sich trägt, das bestätigt jede neue Woche spanischer Freiheit. Der Rücktritt des Colonialministers Lopez de Ayala, der sich durch eine gegen die Republik gehaltene Rede unmöglich gemacht hat, ist allein ein unwidersprechlicher Beleg dafür, daß der Erfolg der Monarchisten ein Pyrrhusstieg gewesen ist, und daß dieselben die bevorstehende Reihe liberaler Parteibankerotte in Spanien eröffnen werden. Eine mühsam zu Stande gebrachte monarchische Constitution zunächst in die Hände einer Regentschaft legen, ist an und für sich ein wunderliches Experiment, am wunderlichsten, wo dieser Regentschaft der Auftrag erteilt wird ihre eigene Todtengräberin zu sein und ihren Erben auersündig zu machen. Die nächste Folge wird sein, daß die in das Cabinet berufenen Führer der monarchischen Partei sich in kürzester Frist abnutzen, und daß der Mann, der zur Rolle eines „Königs der Wälder“ (die Städte sind, nach Drenses bekanntem Ausspruch, sammt und sonders so entschieden republikanisch gesinnt, daß für den künftigen Beherrscher der Spanier nur die Wälder übrig bleiben) Lust hat, seine Minister nicht unter den Anhängern, sondern unter den Gegnern der constitutionellen Monarchie suchen muß. Von den Männern, welche bisher die Regierung führten und Serrano in seinem Kampf gegen die Republik zur Seite standen, ist ein beträchtlicher Theil bereits in den gefürchteren Schatten der Aemterlosigkeit zurückgetreten, und wenn der künftige König der Spanier dereinst den Einzug in sein Reich hält, ist Herr Prim vielleicht der einzige Repräsentant der monarchisch-liberalen Sache, der noch nicht in die Kumpelkammer geworfen ist, deren Thüren der fromme Wahn nur für die Isabellinos geöffnet glaubte.

Während die spanische Krone noch immer des Königs harrt, der sie aufzusetzen und zu tragen Muth und Neigung hat, werden die europäischen Hauptstädte von einem Fürsten besucht, dem zwar Krone und Titel fehlen, der thatsächlich aber den mächtigsten Souverainen angehört: der Vicekönig von Aegypten hat Wien besucht, geht dieser Tage nach Berlin und von dort nach Paris und London. Der Zweck dieser Reise ist in einer der letzten Nummern dieses Blattes (vgl. Nr. 21, Aegypten und die Consulargerichtsbarkeit) berührt worden. Es handelt sich darum, die europäischen Großstaaten mit Hülfe directen Appells an ihre Fürsten zu dem Verzicht auf jene Capitulationen zu bewegen, welche die Europäer von den ägyptischen Tribunalen und Verwaltungsbehörden unabhängig machen und ihnen das Recht sichern, einzig unter der Jurisdiction ihrer Consuln zu stehen. Wir haben bereits erwähnt, daß der Sultan den europäischen Großmächten gegenüber ein ähnliches Verlangen ausgesprochen hat, daß dasselbe aller Wahrscheinlichkeit nach aber an dem Widerspruch Rußlands scheitern wird. Von den Mächten, mit denen das ungleich niedriger stehende und wegen der Einheit seiner Bevölkerung sehr viel despotischer regierte Aegypten über diesen wichtigen Gegenstand verhandelt, soll Frankreich, das zu Aegypten die nächsten und häufigsten Beziehungen hat, den Wünschen des Vicekönigs bisher am unzugänglichsten und dadurch das Haupthinderniß für den Abschluß der mit den übrigen Mächten angesponnenen Verhandlungen gewesen sein. Wir können nur den Wunsch wiederholen, daß Oestreich und Preußen, deren Höfe Ismael-Pascha zunächst aufgesucht hat, dem von Frankreich gegebenen Beispiel nachfolgen und die ihnen gestellte Zumuthung ablehnen. Außer den neulich von unserem Correspondenten angeführten Bedenken kommt nämlich noch in Betracht, daß die politischen Gründe, aus denen Oestreich und die Westmächte der Pforte die Aufhebung der Capitulationen in Aussicht gestellt haben, wenigstens im gegenwärtigen Augenblick gegen das von Aegypten geforderte Zugeständniß sprechen. Der türkischen Regierung soll die Gerichtsbarkeit über die Fremden ertheilt werden, um ihr Ansehen im In- und Auslande zu heben, ihre Lebensfähigkeit, an deren Erhaltung das europäische Gleichgewicht interessirt ist, zu stärken. Aegypten gegenüber findet ein derartiges Interesse nicht statt, ja es würde eine Herabsetzung der Pforte bedeuten, wenn man den Vicekönig von den durch die Capitulationen gezogenen Schranken entbinden sollte, während dieselben für den Padischah noch fortbestehen — dessen zu geschweigen, daß die europäischen Türken nach dem einstimmigen Zeugniß aller Kenner orientalscher Zustände in sittlicher und intellectueller Beziehung ungleich höher stehen, als die Aegypter.

Die in Rede stehende Angelegenheit hat für Oestreich und die Westmächte ein ungleich größeres Interesse als für Preußen und Deutschland. Gerade im gegenwärtigen Augenblick ist unsere Nation so lebhaft mit Fragen be-

schäftigt, welche sich auf ihre innere Entwicklung beziehen, daß begreiflich erscheint, wenn ferner abliegende Dinge sie kaum oberflächlich berühren. Diesseit wie jenseit des Main haben die Waiwochen eine Reihe wichtiger und folgenreicher Ereignisse gebracht. Während die Neuwahlen zu den bayerischen Kammern die gesammte ultramontane Partei unter die Waffen riefen und dadurch die Gegensätze so zuspitzten, daß nur die entschiedenen Richtungen zur Geltung kamen, Nationale und Clericale sich in die Deputirtensitze theilten und der vermittelnden Partei ein ziemlich beschränktes Terrain übrig blieb, wurde der peinliche Zwist, der den Zusammenhang zwischen der freisinnigen badischen Regierung und der liberalen Partei dieses Landes aufzulösen gedroht hatte, in befriedigender Weise ausgeglichen. Die dem Großherzog Friedrich überreichte Adresse der Offenburger Versammlung giebt dem nationalen Gedanken einen so kräftigen und freimüthigen Ausdruck, daß wir ein Recht haben, den beim Beginn dieses Jahres ausgebrochenen Hader als vergessen und begraben anzusehen. Der Name Offenburg, der eine Zeit lang ominös zu werden drohte, wird uns künftig nur noch daran erinnern, daß die Liberalen Badens Reife genug besaßen, sich im entscheidenden Augenblick auf ihr wahres Interesse und ihre Pflicht zu besinnen. Gerade jetzt, wo die Gedanken an eine Ueberschreitung der Mainlinie von dem nationalen Tagesprogramm völlig abgesetzt erscheinen und sich niemand darüber Illusionen machen kann, daß von dem nächsten Zollparlament im günstigsten Fall die Erledigung der nächsten Geschäfte desselben zu erwarten ist, gerade im gegenwärtigen Augenblick wäre es von niederschlagendster Wirkung gewesen, wenn der einzige feste Punkt, den die deutsche Sache im Süden besitzt, verloren gegangen oder doch unfähig geworden wäre, der clericalen Agitation, die sich einer Kette gleich vor unsere südlichen Grenzen ziehen will, Widerstand zu leisten. Der Fortschrittspartei in Bayern wird es vor Allem zu Gute kommen, daß sie sich in ihrem Kampf gegen die anti-nationalen Mächte auf eine süddeutsche Regierung stützen kann, die mit der Majorität ihres Volkes eintig ist und auch dem tapferen Häuflein unserer schwäbischen Gesinnungsgenossen muß es zu Ermuthigung dienen, daß die liberalen Elemente in Baden solidarisch mit den nationalen verbunden geblieben, die großdeutschen Demokraten in die Nothwendigkeit versetzt worden sind, ihr Wesen auf eigne Hand zu treiben oder sich durch eine neue Alliance mit den Clericalen zu compromittiren. — Als besonders erfreulich haben wir noch das Fiasco zu registriren, welches Herr v. d. Psordten mit seiner Candidatur zum bayerischen Landtage machte. Seit dem Jahre 1866 ist diese Gattung von Politikern unmöglich geworden; die Gegensätze haben sich zu entschieden abgeklärt, als daß der Deckmantel der TriasidEE noch im Stande wäre, die Bösen undeutscher Gesinnung zu verhüllen, welche die Würzburger Staatsmänner sich gegeben. Der ungeheure Fortschritt, daß es seit dem Prager Frieden nur noch „hie Wels“ und „hie Watbling“ heißt, darf nicht mehr außer Händen gegeben werden; die Männer, welche sich im Jahre der großen Entscheidung selbst begraben haben, dürfen nimmermehr aus ihren Gräbern geholt werden, um die Klarheit und Durchsichtigkeit der Gegensätze, um welche es sich heute handelt, zu verdunkeln und die Kampfplätze der Zeit mit den Schattengebilden überlebter Schulweisheit zu verdunkeln.

Daß es jenseit des Main nur noch zwei Parteien giebt, welche in Betracht kommen, ist auch für den Norden Deutschlands ein Gewinn, dessen Bedeutung sich von Tag zu Tage deutlicher herausstellen wird. Hat es doch in den letzten Wochen oft genug den Anschein gehabt, als könnten die im Schooße des Reichstags ausgefochtenen Kämpfe die Stellung verwirren, welche die Führer der nationalen Bewegung in Regierung und Parlament bisher zu einander einnahmen.

Von den drei Hauptfragen, welche die Thätigkeit der gegenwärtig versammelten norddeutschen Reichsvertretung in Anspruch nahmen, der neuen Gewerbeordnung, dem Waldeck'schen Antrag auf Einführung von Diäten und den Steuervorlagen, stehen nur noch die letzteren auf der Tagesordnung. Die Gewerbeordnung wird das Hauptresultat sein, welches die Volksvertreter von ihrer andauernden und mühsamen Arbeit nach Hause bringen, aber sie ist in der That auch des Schweißes der Edlen werth gewesen und wird tieferegreifende, die Volkswohlfahrt und Volksstimmung directer berührende Folgen haben, als irgend ein, im engeren Sinne des Wortes politisches Gesetz. Während die Particularisten noch bei Einbringung des vom Bundesrath ausgearbeiteten Entwurfs höhnisch die Nase rümpfen, die Sachsen z. B. geltend machen konnten, daß das neue Bundesgesetz einen Rückschritt gegen ihre neue d. h. vor wenigen Jahren zu Stande gekommene Ordnung bilde, hat der Reichstag seine bessernde Hand in so glücklicher und geschickter Weise angelegt, daß all' diese Bedenken verstummt und die Bundesregierungen dennoch genöthigt gewesen sind, die einschneidenden Abänderungen, welche aus den Berathungen hervorgingen, zu genehmigen. Erst wenn das neue Gesetz eingeführt und praktisch geworden ist, wird das große Publicum, das nicht selten über die Langatmigkeit der bezüglichen Debatten klagte, die volle Einsicht in die ungeheure Arbeit gewinnen, welche in den Paragraphen dieses Gesetzes steckt, das von dem Reichstage mit bewunderungswürdiger Ausdauer bis in die minutiösesten Einzelheiten geprüft worden ist. — Der Antrag auf Einführung von Diäten, dem Waldeck's Beredtsamkeit bei der ersten Lesung eine Majorität zu erobern mußte, die den größten Theil der nationalliberalen Fraction umfaßte, ist bei der zweiten Lesung wieder durchgefallen. Es ist das insofern ohne Belang, als an seine Annahme durch den Bundesrath unter keinen Umständen zu denken war und andererseits der Antragsteller angekündigt hat, diese Bill werde von ihm regelmäßig zu jeder Session wieder eingebracht werden. An der Ausdauer und Zähigkeit des greisen demokratischen Parteiführers zu zweifeln haben wir keinen Grund und kein Recht; aber daß die nationale Partei ein zweites Mal der Versuchung erliegen werde, die Wiederaufrührung einer Frage zu unterstützen, die bei der festen Position, welche der Bundesrath zu ihr eingenommen, eigentlich nur die Bedeutung einer Concession an das liberale Vorurtheil und die Schuldoctrin ist, — das können wir nicht glauben und nicht wünschen. Der Ausfall der letzten französischen Wahlen hat uns aufs Neue daran erinnert, was es mit dem allgemeinen Wahlrecht auf sich hat und die Mittelparteien haben am wenigsten Grund, diese Warnung in den Wind zu schlagen und der Neigung der Massen für Extreme Vorschub zu leisten. Wir räumen ein, daß die Diätenfrage für die allernächste Zukunft ohne praktische Bedeutung wäre, aber niemand gibt uns ein Recht bei der Rücksicht auf diese stehen zu bleiben. Je lebhafter die Theilnahme der Massen für die politische Arbeit wird, desto wichtiger ist es, daß die parlamentarische Thätigkeit nicht zum Gewerbe, nicht zum Nahrungszweige werde, auf dessen relative Einträglichkeit der kleine Ehrgeiz eitler Literaten oder gar arbeitsscheuer Demagogen speculirt. Und die Hauptbedeutung der Diätenlosigkeit liegt nicht einmal darin, daß gewisse Leute nicht in das Parlament kommen, sondern daß die Verpflichtung zu politischer Arbeit in das Bewußtsein und die Tradition der begünstigten Classen der Gesellschaft übergehe. Unser parlamentarisches Leben ist noch zu jung, als daß uns bereits für den Werth solcher vom Vater auf den Sohn übergehenden Tradition Erfahrungen vorliegen könnten, aber was an uns ist, sollten wir thun, um dieselbe möglich

zu machen. Das geschieht aber am besten, wenn die parlamentarische Thätigkeit zum Ehrenamt, nicht zum Köder für den kleinen Ehrgeiz wird, der in politischen Versammlungen ebenso unberechtigt, — wie der große Ehrgeiz berechtigt ist.

Das Geschick der Steuervorlagen, mit denen Herr v. d. Heydt vor den Reichstag trat, nachdem er durch seinen Widerspruch gegen den bekannten Kaiserlichen Antrag selbst verschuldet, daß dem Finanzbedürfniß des Staats nicht durch den Landtag die Mittel zur Befriedigung geschafft wurden — das Geschick dieser Vorlagen ist noch nicht endgültig entschieden, aber daß die Mehrzahl der Anträge, für welche der preussische Finanzminister den norddeutschen Bundeskanzler ins Feuer zu schicken wußte, zu Boden fällt, läßt sich schon heute absehen. Wenn auch, wie es den Anschein hat, die Wechselstempelsteuer angenommen wird, so ist damit das Deficit nicht gedeckt und dem Bundespräsidium bleibt nichts übrig, als sich wiederum in die königl. preussische Staatsregierung zu verwandeln und mit dem Landtage in die Verhandlungen zu treten, welche der Finanzminister noch vor wenigen Monaten ablehnte. Vergeblich sind die Officiösen der „Kreuzzeitung“ und der „Provinzialcorrespondenz“ bemüht, alle Schuld auf die nationalliberale Partei zu wälzen und mit einem Bruch zu drohen. Die Haltung der Conservativen hat die Unfertigkeit der Denkschrift v. d. Heydts indirect ebenso hart verurtheilt, wie es durch die Reden und Abstimmungen der nationalen Fraction gechehen. Wer die parlamentarische Geschichte der letzten Jahre auch nur ihren Umrissen nach, verfolgt hat, der wird wissen, daß mindestens der eine Flügel der nationalen Partei mit seiner Bereitwilligkeit, die Politik des Bundeskanzlers zu unterstützen, bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen ist. Daß sich im vorliegenden Fall auch nicht eine Stimme aus dem Schooß derselben für die Vorlage erhoben hat, die Vertheidigung derselben fast ausschließlich von den Bundescommissarien geführt werden mußte, ist eine so vielsagende Thatsache, daß sie füglich jedes Commentars entbehren kann. — Die für das Zollparlament in Aussicht genommene Tabaksteuer wird der Partei, welche heute für das Ungeschick der Finanzverwaltung verantwortlich gemacht wird, Gelegenheit zu dem Beweise geben, daß sie volle Einsicht in die Nothwendigkeit gehabt, Deckung zu schaffen, und einem chronischen Deficit vorzubeugen. Der Termin für den Zusammentritt des Zollparlaments ist noch nicht festgesetzt; wahrscheinlich wird er mit dem für den Schluß des Reichstages zusammensallen, so daß die zweite Hälfte des Junimonats unsern Volksvertretern die verdienten Ferien bringt. Ob diese Ferien auch für die Diplomatie gelten werden, ist seit den Gerüchten, die seit den letzten Tagen in der Luft schwirren und von einer Wiederaufnahme der Nord-Schleswig'schen Frage reden, wieder zweifelhaft geworden. Wir sind es nachgerade zu gewohnt geworden, am politischen Himmel Wolken aufsteigen zu sehen, als daß die Signalisirung derselben noch besondern Eindruck machen könnte. Das toujours en vedette ist seit 1866 unser Wahlpruch geworden, und wird es bleiben, bis wir mit Frankreich auf die eine oder die andere Weise abgerechnet und damit zugleich die süddeutsche Frage entschieden haben.

Literatur.

Die neue Partiturausgabe der Opern Mozart's. Bd. 1—3. Leipzig bei Breitkopf u. Härtel.

Dr. E. Ritter von Köchel, der Verfasser eines schätzbaren chronologisch-thema-